

Hohe Hürden bei Ausnahmegenehmigungen

Rheda-Wiedenbrück (sud). Abgesehen davon, dass zahlreichen Schützenvereinen und Veranstaltern anderer Volksfeste durch das drohende frühere Aus die wirtschaftliche Grundlage entzogen werden könnte (Pierenkemper: „Die Jugend kommt heute meistens erst nach 23 Uhr zum Mitfeiern auf den Platz“), sieht der Vorsitzende der im Jahr 1492 gegründeten Wiedenbrücker Bürgerschützen noch andere Hürden durch die von Landesumweltminister geplante Neuregelung der Freizeitlärmrichtlinie.

Dass die Kommunen bei der Erteilung einer Ausnahmegenehmigung für Volksfeste künftig „Unterlagen zur voraussichtlichen Geräuschbelastungen“ einfordern können, ist Hermann-Josef Pierenkemper ebenfalls ein Dorn im Auge. „Die Beibringung solcher Dokumente wird mit erheblichen Mehrkosten für die Vereine verbunden sein“, betont der Oberst. „Eine Schallimmissionsprognose schreibt sich schließlich nicht von allein.“

Noch teurer könnte es für die zumeist gemeinnützigen Veranstalter von Volks- und Brauchtumsfesten werden, wenn die jeweiligen Städte und Gemeinden noch einen Schritt weiter gehen: „Die Überwachung der festgesetzten Höchstwerte während der Veranstaltung durch einen Sachverständigen kann schnell mit einigen 1000 Euro zu Buche schlagen“, sagt der Jurist. „Dagegen ist der Aufwand für die ebenfalls im Rahmen der Nebenbestimmungen von den Behörden einforderbare Einrichtung eines Beschwerdetelefon für lärmgeplagte Anwohner fast vernachlässigbar.“

Noch sind die von NRW-Umweltminister Rimmel beabsichtigten Neuregelungen nicht in Stein gemeißelt. „Wir hoffen auf ein Einlenken der rot-grünen Landesregierung“, sagt Hermann-Josef Pierenkemper. „Sonst sind unsere Traditionsveranstaltungen ernsthaft in Gefahr.“

Schützenhilfe erhalten die „Grünröcke“ von der CDU. „Wir werden uns dafür einsetzen, dass es zu keiner Verschärfung der Spielräume für Volksfeste kommt“, versichert der parlamentarische Geschäftsführer der christdemokratischen Landtagsfraktion, Lutz Lienenkämper. Auch der Rietberger Landtagsabgeordnete André Kuper (CDU) macht sich für die Schützen stark. „Die beabsichtigte Neufassung der Freizeitlärmrichtlinie würde zu einer massiven Beeinträchtigung von Traditionsfesten führen“, sagt er.

Minister Johannes Rimmel (Bündnis 90/Die Grünen, Bild) sieht die Sache gänzlich anders. Die Kritik entbehre jeder Grundlage, sagt er. Von einer Verschärfung der Vorgaben könne keine Rede sein. „Das Gegenteil ist der Fall: Auf Wunsch der Kommunen soll es mehr Möglichkeiten für das Brauchtum geben.“ Er verweist auf Sonderregelungen in dem Papier für „Veranstaltungen mit hoher Standortgebundenheit oder hoher sozialer Akzeptanz“. Für diese sei an bis zu 18 Tagen im Jahr eine Abweichung von den Bestimmungen möglich.